

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Druck und Verlag: Wihl. Bell jr., Halver.

Er erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.
Bezugspreis: Vierteljährlich durch die Post M. 27.—
monatlich M. 9.—

Halver
Samstag, den 18. Februar 1922

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe und 45 mm Breite
40 Pfg., auswärts 50 Pfg., im Reklameteil 1 mm hoch
90 mm breit 2.00 M.

22. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Die Reparationskommission hat die Vollmacht erhalten, die Höhe der deutschen Zahlungen im Jahre 1922 festzusetzen.
- * Im bayerischen Landtag wandte sich Graf Lerchenfeld gegen die Franzosierungspolitik im besetzten Saargebiet.
- * Die sozialistische Fraktion im belfischen Parlament hat einen Gesetzentwurf zur Abklärung der militärischen Dienstpflicht auf sechs Monate eingebracht.
- * Wie mitgeteilt wird, hat die jugoslawische Regierung beschlossen, auf die ihm kraft des Friedensvertrages zustehenden Rechte auf Beschlagnahme des deutschen Eigentums in Jugoslawien zu verzichten.
- * Im englischen Unterhaus gab der Minister Montagu eine Erklärung ab, wonach die Lage in Indien sehr ernst sei.
- * Zwischen Frankreich und Rußland soll ein Abereinkommen zur französischen Hilfe für Rußland auf Kosten Deutschlands geschlossen worden sein.

Wie es kam.

Von einem parlamentarischen Mitarbeiter wird uns über die Annahme des Vertrauensvotums für den Reichstanzler Dr. Wirth im Reichstage geschrieben: Man einer trauete seinen Ohren nicht, als Präsident Loebe unter lautloser Spannung des Hauses die entscheidenden Zahlen verlas: 230 für Wirth, 185 gegen Wirth und 16 weder für noch gegen Wirth. Das ergab zwar genau die Mehrheit von 45 Stimmen, die alle sachverständigen Kalkulatoren des Hauses, den Bleistift in der Hand, seit Tagen herausgerechnet hatten, und als später ein nicht unwesentlicher Irrtum in dieser Aufstellung mitgeteilt werden mußte, daß nämlich nur 220, nicht 230 Wirth-Stimmen in den Abstimmungsurnen enthalten waren, die Regierungsmehrheit also auf 35 Stimmen zusammengeschnitten war, wollte trotzdem das Staunen unter den Volksboten nicht viel geringer werden. Man hatte im Verlauf der Debatte allenfalls gerade noch eine ganze kleine Mehrheit, vielleicht von einem halben Duzend Stimmen, für das Vertrauensvotum der Regierungsparteien erhofft und wußte sich gar nicht recht zu erklären, wo denn nun eigentlich die gewiß nicht überwältigende, aber immerhin doch völlig ausreichende Mehrheit für Wirth hergekommen war. Nicht einmal die bayerischen Volksparlamentarier hatten sich entschließen können, für den „Kanzler aus Freiburg“ einzutreten, worauf man sich seit Tagen gefaßt gemacht hatte. Mehr als Stimmhaltung wollte über offizieller Fraktionsbeschluss Herrn Wirth nicht zu billigen. Und die Unabhängigen gar, die man schon so gut wie für Wirth gewonnen glaubte, hatten in doppelter Medergerinnung gegen die Regierung gewettert, wie wenn sie unmittelbar vom Königsplatz in ihre offene Felschlucht, d. h. in den Wahlkampf hineinstiegen wollten. „Nichts von Vertrauen, nichts von Verständigung, nieder mit der Reaktion!“ Das war die Losung der Herren Crispian und Dittmann — wobei unter Reaktion nicht etwa die Herren Herzt und Sinnes und Stresemann gemeint waren, sondern Herr Wirth und seine sozialistischen Ministerkollegen, das Zentrum, die Demokraten und vor allem und zumeist die Brüder von der Mehrheitssozialdemokratie! Also Kampf, Kampf bis aufs Messer.

Wie man aber den Schaden — oder soll man lieber sagen: den Nutzen? — bejah, waren von den rund 60 Unabhängigen ganze 32 der Fraktionsparole gefolgt; 25, mit Dr. Breitscheid an der Spitze, hatten nicht etwa sich der Abstimmung enthalten, was durch Abgabe blauer Stimmzettel zu geschehen hat, sondern sie waren der Abstimmung aus dem Wege gegangen. Mit andern Worten: sie hatten den Saal verlassen, um für die Gesamtzahl der bei dieser Entscheidung abgegebenen Stimmen überhaupt nicht mitgezählt zu werden. Bei 421 insgesamt abgegebenen Stimmen betrug nun die absolute Mehrheit 211. Der Kanzler hatte also mit seinen 220 zustimmenden Reichstagsabgeordneten nur eine wirkliche Mehrheit von 9 Stimmen im Reichstage. Hätten dagegen jene 15 Unabhängigen ebenfalls mit „Nein“ gestimmt oder auch nur blaue Stimmhaltungszettel abgegeben, so wären insgesamt 436 Stimmen vorhanden gewesen, die absolute Majorität hätte 219 ausgemacht und die Mehrheit des Kanzlers hätte sich auf eine Stimme beschränkt. Das wäre nach den vorangegangenen Erklärungen der Regierung für die Fortführung der Amtsgeschäfte ungenügend gewesen. So aber dürfte der Kanzler mehr oder weniger befriedigt das Lokal verlassen. Mit dem Auflosungsdekret des Herrn Reichspräsidenten in der Tasche, auf dessen Vorhandensein die ganz Eingeweihten Stein und Bein schworen, während andere Leute, die noch nicht vergaßen haben, daß Mißtrauen immer und überall als die besondere Tugend der Demokratie gepriesen worden ist, fest und steif davon überzeugt waren, daß hier im letzten entscheidenden Augenblick lediglich mit einem Märchen gearbeitet worden sei, um ängstliche Gemüter in die Regierungshölle hineinzutreiben. Wie dem auch sein möge, der Erfolg hat wieder einmal für Herrn Dr. Wirth entschieden, und für eine Weile haben nun wohl die liebe parlamentarische Seele Ruhe haben. Die 220 Stimmen, die auf die Frage nach dem Vertrauensvotum mit „Ja“ antworteten, setzen sich zusammen aus 107 Sozialdemokraten, 67 Zentrumseuten, 38 Demokraten, 4 Bayernblindern, 2 Welsen und 2 Mitgliedern der Bayerischen Volkspartei.

Noch eins: Die 25 Unzufriedenen der Unabhängigen Sozialdemokratie haben ihre Schwänzer vor der entscheidenden Abstimmung mit einem persönlichen Opfer erkaufen müssen, denn jedem der Abgeordneten, die an einer namentlichen Abstimmung nicht teilnehmen, werden nach dem im Reichstage herrschend gewordenen Gebräuch für diese parlamentarische Pflichtverletzungsumme rund 100 Mark

von ihnen mit der Zeit ganz auskömmlich herausgekauften Diäten abgezogen. Ist es nicht eine heldenhafte Leistung, daß auch dieses Druckmittel den Herren Breitscheid und Genossen gegenüber versagt? Und darf man nicht darauf rechnen, daß ihnen um dieser pekuniären Selbstlosigkeit willen, die sie bewiesen haben, von den Massen draußen im Lande, wenn es im Strauß mit Mehrheitslern und Kommunisten hart auf hart gehen wird, wenigstens mildernde Umstände bewilligt werden sollten? Jedenfalls muß man ihnen dankbar dafür sein, daß sie neben den vielen ernsthaften Gedanken, zu denen der Ausgang dieser vorläufigen letzten Regierungskrise reichlichen Anlaß gibt, auch für einigen Humor gesorgt haben. Könnten wir doch in unseren gramvollen Tagen etwas mehr von dieser Sorte genießen!

Die Sorge um die Zukunft.

Pressestimmen zum Vertrauensvotum.

Nur wenige Blätter begnügen sich angesichts des Abstimmungsergebnisses über die Vertrauensfrage, die der Kanzler im Reichstag gestellt hatte, damit, die gegenwärtige Lage mit mehr oder weniger Genugtuung zu kennzeichnen. Die meisten richten ihren Blick besorgt in die Zukunft und äußern dabei — gleichgültig, ob sie der Regierung wohlwollend oder ablehnend gegenüberstehen — mancherlei Befürchtungen, Warnungen und Mahnungen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt u. a.: „Herr Dr. Wirth ist zum dritten Male von den Unabhängigen gerettet worden, und zwar auf Grund einer Unehrlichkeit. Dadurch ist die Politik der deutschen Regierung auf einer Bahn festgehalten, die außen- wie innenpolitisch von den schwersten Folgen für das Deutsche Reich begleitet sein muß. Sicherlich spielt dabei eine große Rolle die Angst davor, daß bei einem Rücktritt des Kanzlers eine bürgerlich orientierte Regierung an Stelle der bisherigen treten würde. Von einer solchen aber versprochen sie sich für ihre Parteiziele nichts Gutes. Die U. S. P. D. wird sicherlich immer und immer wieder für ihre Unterstützung der Regierung präferieren.“ In der „Täglichen Rundschau“ heißt es: „Die offene Felschlucht wurde in tagelangen Kuchhandel so arrangiert, daß es schließlich nicht fehlen konnte an einer Mehrheit, die Herr Wirth für geeignet hielt, um sich auch weiterhin für den Rufnamen der Nation zu halten oder auszugeben. Die Möglichkeit der großen Koalition, der Verbreiterung der Regierungsbasis nach rechts, ist durch die „offene Felschlucht“ Herrn Wirths, durch diesen angestrebten „Zusammenstoß“ der Geister endgültig begraben. Die Politik Herrn Wirths war Sabotage dieser großen Koalition. An ihre Stelle tritt die Möglichkeit einer Koalition von Wirth bis Dittmann und Crispian.“ In der „Volksparteiliche Zeit“ sagt: „Zunächst dürfte auch Herr Dr. Wirth sich in die klare Erkenntnis eingearbeitet haben, daß Sicherheit und Stetigkeit der Regierung sich nur auf breiter Basis errichten läßt, als er sie ihr bisher gegeben. Wirths stille und tiefe Liebe zu dem linken Flügel der Sozialdemokraten, den Unabhängigen, dürfte in diesen Tagen einige Stöße erlitten haben, abhängig so gering schägen wir sein politisches Verständnis wirklich nicht ein, daß er nicht einzujehen vermöchte, daß ein Bündnis mit den Crispian und Dittmann eine Höllenfahrt des Staates bedeuten würde. Ob Herr Dr. Wirth geht oder bleibt, er wird sich sagen müssen, daß es auf dem bisherigen Wege und nach der bisherigen Methode nicht weiter geht.“

In der Presse der Mittelparteien wird nur teilweise eine uneingeschränkte Freude an dem Ergebnis der Abstimmung geäußert oder auch mit scharfen Angriffen gegen die Volkspartei verbunden. Andererseits flößt man auch hier auf Bedenken, ob der Kurs wie bisher weitergeführt werden kann.

Das Zentrumblatt Germania schreibt: „Es ist ganz offenkundig, daß der Kampf der Opposition, besonders auf der rechten Seite, der Person des Reichstanzlers galt. In diesem Kampfe sind die Gegner schmächtig unterlegen. So darf dem Kanzler heute auch das Vertrauen des Reichstages als eine persönliche Genugtuung betrachtet, als eine Vertrauensgebung der Mehrheit des Reichstages und damit des deutschen Volkes.“ Ferner stellt die Germania fest, daß im ersten Reichstag der deutschen Republik bisher noch keine Regierung über eine ausgesprochene Mehrheit verfügt hat. Alle bisherigen Regierungen waren Minderheitsregierungen, auf die stillschweigende Unterstützung der Flügelparteien angewiesen. Zum erstenmal habe der Reichstag seiner Regierung positiv zum erstenmal ihre Politik billigt. — Die demokratische Wörzenzeitung meint: „Dr. Wirth wird sich vor Augen zu halten haben, daß die Mehrheit gewiß überraschend groß war, aber nur von den drei Parteien der kleinen Mitte und mit indirekter Unterstützung der Unabhängigen zustandegebracht wurde, mit welcher Leichtigkeit er aber keine positive Politik machen kann.“ — Die Volksische Zeitung schreibt: „Wir haben im dieses Ergebnis der Abstimmung gewünscht, weil wir im Reichstanzler Wirth den Exponenten des Vertrauens eines großen Teiles des deutschen Volkes im Inland und Ausland sehen. Aber gerade deshalb dürfen wir nach dieser gefährlichen Schlacht dem Reichstanzler raten, in Zukunft solchen gefährlichen Situationen vorzubeugen.“ — Das Berliner Tageblatt richtet eine besonders scharfe Spitze gegen die Volkspartei und erklärt: „Die Deutsche Volkspartei wird bei den unmißbar bevorstehenden Beratungen über das Steuerkommissionsgesetz bekennen müssen. Wenn sie sich jetzt nicht dazu, wird schließlich das Steuerkommissionsgesetz von einer anderen Mehrheit durchgeführt werden, mit Variationen freilich, die der Volkspartei nicht so glatt heruntergehen werden wie die viel umstrittene Zwangsanleihe.“

Aus der sozialistischen Presse erkennt man, daß die Verbindung zwischen der S. P. D. und der U. S. P. D. noch sehr locker ist. Die S. P. D. hält sich noch alle Koalitionsmöglichkeiten offen und verlangt von den anderen politischen Arbeit, die U. S. P. D. aber kündigt bereits an, daß sie bei den Steuerberatungen erst die wirkliche Entscheidung erwartet.

Im Vorwärts wird gesagt: „Man soll jetzt, nachdem die alte Koalition sich in der schwersten Krise als durchaus leistungsfähig erwiesen hat, nicht gleich wieder mit altem Getöse und alten Vorschlägen zur „Verbreiterung der Koalition“ kommen, sondern an die praktische Arbeit herangehen. Dann wird sich organisch und ganz von selbst ergeben, was man mit Überredung, Versöhnung und Erpressung vergeblich zu erreichen versucht. Mögen die Unabhängigen aus ihren Erfahrungen lernen und dazu kommen, mit der Sozialdemokratie

zusammen sachliche Arbeiterpolitik zu treiben.“ — Die Wörzenzeitung aber schreibt: „Ist damit die Krise wirklich gelöst? Wir denken, das wird Dr. Wirth selbst nicht glauben. Die Steuerfragen heißen Antwort. Und da wird ein Ausweichen nicht leicht möglich sein. Dr. Wirth wird sich entscheiden müssen, ob er mit der Deutschen Volkspartei innere Politik gegen seine Außenpolitik machen will. Versucht er es, dann wird er dabei schweren Schiffsbruch erleiden.“

Die Presse des Auslandes.

In Paris wird das Ergebnis der Abstimmung im Reichstag im allgemeinen als über Erwarten großer Erfolg des Kabinetts Wirth bezeichnet. „Echo de Paris“ äußert die Ansicht, daß Wirth vom deutschen Volke nur geduldet, aber keineswegs gebilligt werde. Als Kuriosum sei erwähnt, daß der Berliner Berichterstatter des „Petit Parisien“ die Lage mit einem Worte kennzeichnet, das er auf der Pressetribüne des Reichstages gehört hat und in folgender Form deutsch wiedergibt: „Es wird weiter fortgewürfelt.“ — Der Berliner Korrespondent der „Times“ sagt, das Ergebnis des Vertrauensvotums für den Kanzler Wirth müsse insofern willkommen geheißen werden, als es die Lust für seine Erfüllungspolitik reinige. Es sei gleichzeitig ein Vertrauensvotum für Dr. Rathenau und müsse auch in dieser Hinsicht von den verbündeten Ländern mit Freude aufgenommen werden.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Die deutschen Zahlungen für 1922.

Aus Paris wird gemeldet, es sei eine Entscheidung in der Reparationsfrage getroffen worden. Die Reparationskommission solle, wie Frankreich es verlangt habe, damit beauftragt werden, den Betrag der deutschen Zahlungen für das Jahr 1922 festzusetzen. Alsdann würden die alliierten Finanzminister gemäß einem britischen Vorschlag in London zusammentreten, um sich über die Verteilung der deutschen Zahlungen zu einigen.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen in Genf.

Unter dem Vorsitz des Präsidenten Calonder haben die Arbeiten der Konferenz begonnen. In dem Ausschuss für Minderheitschutz überreichte die deutsche Abordnung dem Vertreter des Präsidenten, Herrn Colban vom Völkerbundsekretariat, einen ausführlichen Entwurf, in dem das Minderheitenproblem im Hinblick auf Sprache, Schule und Kirche in seinen Einzelheiten behandelt wird.

Reform des Ehe- und Strafrechts.

Im Hauptausschuss des Reichstages machte Reichsjustizminister Dr. Radbruch Angaben über die Bestrebungen zur Reform des geltenden Rechts. Die große Reform des Strafrechts und Strafprozesses werde auf das möglichste beschleunigt, die Aufstellung des neuen Strafgesetzbuches, die der einer neuen Strafprozedurordnung und des Strafvollzugsgesetzes vorangehen soll, werde im Justizministerium voraussichtlich im Sommer dieses Jahres beendet sein. Das Recht der außerehelichen Kinder unterliege einer Neuordnung; auch die Frage der Änderung des Ehescheidungsrechts werde geprüft. Schließlich sei die Reform der juristischen Vorbildung in Angriff genommen.

Auf der Suche nach Erzbergers Mörder.

Wie aus Budapest gemeldet wird, hat die Budapest Oberstadthauptmannschaft auf Ersuchen des Offenburger Landgerichts einen Siedebrief gegen die der Ermordung Erzbergers Beschuldigten, des Münchener Kaufmanns Heinrich Schulz und des ehemaligen Oberleutnants Heinrich Tilleßen, die sich in Ungarn aufhalten sollten, erlassen. Auf die Ergreifung ist eine Belohnung von 2000 Mark ausgesetzt. Für die Auffindung der Genannten sind auch deutsche Geheimpolizisten nach Budapest gekommen, die vor drei Tagen ihre Nachforschungen abgeschlossen haben und wieder nach Deutschland zurückgekehrt sind.

Die Stärke der englischen Truppen in Deutschland.

Im Unterhaus hat der englische Kriegsminister auf eine Anfrage erklärt, daß die englische Truppen am Rhein gegenwärtig sich auf 4700 Mann und in Schlesien auf 4800 Mann belaufen. Die Engländer in Schlesien sind aus den Garnisonen im Rheinland entnommen worden. Sobald die Aufgabe der schlesischen Garnisonen erfüllt ist, werden die englischen Bataillone aus Schlesien zurückgezogen werden.

Aus In- und Ausland.

Paris. Nach einer Meldung aus Mexiko ist General Antonio Prudena, der wegen Rebellion vom Kriegsgericht zum Tode verurteilt worden war, erschossen worden.

Bukarest. Da die Ergebnisse der neuen Statistik über das noch zur Verfügung stehende Getreide noch nicht vorliegen, ist die Ausfuhr von Getreide verboten worden.

Maila. Wie verlautet, wird die Zurückziehung der britischen Truppen ins Auge gefaßt. Der Schutz dieser wichtigen Insel werde dann nur noch Marine- und Luftstreitkräften überlassen bleiben.

Heisingfors. Der finnische Minister des Innern Mäntöniemi wurde durch drei Revolverkugeln getötet, als er vor seiner Wohnung aus dem Automobil stieg. Der Mörder wurde verhaftet. Er ist ein Kaufmann, der niemals eine politische Rolle gespielt hat, und den man für nicht voll zurechnungsfähig hält.

Deutscher Reichstag.

(171. Sitzung.)

CB. Berlin, 18. Februar.

Der gestrigen bewegten Sitzung folgte heute eine durchaus ruhige und geschäftsmäßige. Zuerst kam die erste Beratung eines Gesetzentwurfes über den

deutsch-schweizerischen Schiedsgerichtsvertrag.

Der Minister des Äußeren, Dr. Rathenau, leitete die Aussprache mit dem Hinweis darauf ein, daß der Gesetzentwurf als ein gutes Anzeichen für die deutsche Zukunft zu betrachten sei. Die Vorlage stellt einen Vertrag des ausgleichenden Rechtes dar und sei geeignet, alle Streitigkeiten durchaus restlos zu vermeiden. Ich hoffe, bemerkte der Minister, daß Geist, Gedanke und Fassung dieses Vertrages den Geist des Reichstages finden und daß weitere Schiedsgerichtsverträge mit anderen Ländern sich anschließen werden. Solange nicht eine geeignete Schiedsinstitution vorhanden ist, bei der jedes Land das Recht findet, ist es Aufgabe der Schiedsverträge, die Rechtsordnung der Welt zu sichern. Ich empfehle Ihnen den Vertrag als ein Instrument, das in eine friedliche Zukunft weist.

Abg. Dr. Schilling (Dem.) gab die Erklärung ab, in der es heißt: Als Vorsitzender der deutschen Gruppe der interparlamentarischen Union habe ich den Auftrag, der dankbaren Freude Ausdruck zu geben, die uns allesamt beim Abschluß dieses Vertragswerkes bewegt. Wenn auch der Vertrag auf mancher Seite Widerspruch finden wird, so steht doch die interparlamentarische Einigung zu seinem Inhalt in einem besonders innigen Verhältnis.

Abg. Dr. Braun-Franken (Soz.) führte aus, daß der Vertrag ein neues Zeitalter der internationalen Zusammenhänge eröffne und daß ihm der Reichstag einstimmig zustimmen sollte.

Abg. Dr. Kahl (D. Volksp.) sprach gleichfalls seine Zustimmung über den Vertrag aus, der als erster die internationalen Beziehungen in friedliche Bahnen zu leiten suche. Ich glaube wohl, daß Streitigkeiten durch Verträge möglichst beseitigt werden, kann aber nicht glauben, daß das Ziel erreicht werden kann. Das sind Einbildungen der Pazifisten.

Abg. Schreiber (Centr.) bemerkte: Wir betrachten diesen Vertrag als einen außerordentlichen Gewinn. In dem Gedanken des Völkerverbundes liegt etwas Großes und Tüchtiges. Möge er zum Segen für die Menschheit werden.

Abg. Dr. Breitscheid (U.-Soz.) erklärte: Wir stimmen dem Vertrage zu, weil er Deutschland mit anderen Staaten in ein begründetes Rechtsverhältnis bringt.

Abg. Frölich (Komm.) führte aus, ein Schiedsgerichtsvertrag mit der Schweiz würde wie eine Satire auf die ganze Friedensidee. Zunächst sollte man einen Vertrag mit Rußland abschließen.

Damit schloß die erste Beratung der Vorlage. Die zweite und dritte Lesung schlossen sich sofort an, und der Vertrag wurde einstimmig angenommen.

Dasselbe geschah mit dem Gesetzentwurf betreffend den Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Österreich in Angelegenheit Kriegsschadigter und Kriegshinterbliebener.

Weiterberatung des Reichsmietengesetzes. Auf Anfrage des Abg. Basile (Deutschn.), wie der Reichsrat dazu gekommen sei, in dem Reichsmietengesetz eine Verfassungsänderung zu erblicken, antwortete Ministerialdirektor Dr. Ritter: Der Reichsrat war nicht der Auffassung, daß die Vorlage grundsätzlich der Verfassung widerspreche, er zweifelte aber die gesetzgeberische Befugnis des Reiches auf diesem Gebiete. Die Reichsregierung hat sich diesem Gedanken nicht entziehen können.

Damit schloß die allgemeine Aussprache, und es begann die Einzelberatung, bei der es, wie der Präsident zu Beginn der Sitzung angekündigt hatte, über 50 Abstimmungen gab. Zuerst wurde bei Auszählung des Hauses ein Antrag der Deutschen Volkspartei, einen Absatz zu § 1 zu streichen, mit 169 gegen 128 Stimmen abgelehnt.

Darauf wurde § 1 angenommen. Bei § 2 kam es ebenfalls zur Auszählung des Hauses. Dann wurde § 2 mit einer Mehrheit angenommen. Und so ging die Einzelberatung weiter. Die ganze übrige Sitzung war ihrer Durchführung gewidmet.

Preussischer Landtag.

99. Sitzung.) 11. Berlin, 16. Februar.
Ohne Debatte wurde der Gesetzentwurf über die Vereinigung Pommerns mit Preußen in dritter Lesung angenommen, nachdem gestern die Anträge über die Not der Gemeinden dem Gemeindevorstand, die Anträge auf Entschädigung der aus Polen vertriebenen Ansiedler dem Landwirtschaftsausschuß überwiesen waren.

Heute nahm das Haus den Antrag auf Entziehung der Tagelöhner für Abgeordnete bei Ausschluß aus der Wahlberechtigung gegen Unabhängige und Kommunisten an. Danach setzte das Haus die erste Beratung des Gesetzentwurfes über die Durchführung der staatlichen Polizeiverwaltung im Rheinisch-westfälischen Industriegebiet fort. Der Entwurf wurde nach kurzer Aussprache dem Hauptausschuß überwiesen.

Der Gesetzentwurf über die Erhöhung der polizeilichen Geldstrafen geht an den Rechtsausschuß, der Entwurf über die Neuwahl der Bezirksausschüsse in Breslau und Bielefeld an den Gemeindevorstand.

Eine Ergänzungssatzung zum Arbeitsvermittlungsgesetz wird ebenfalls in allen drei Lesungen angenommen. Die nach einem früheren Beschluß hierauf vorgenommene Wiederholung der momentanen Schlußabstimmung über die Änderung des Staatsschuldenverwaltungsgesetzes ergibt die Annahme mit 192 gegen 95 Stimmen.

Das Schicksal der Deutschen Werke.

Eine neue Note General Kollats.

Schon seit langer Zeit geht der Kampf um den Fortbestand der großen Werksstätten in Spandau, Hanau und Erfurt, die im Kriege Heeresmaterial lieferten, nach dem Frieden auf andere Fabrikationszweige umgestellt wurden, aber von der Entente-Kontrollkommission als verdrängt angesehen und zur Vernichtung verurteilt wurden. In langer Auseinandersetzung in Form eines Notenwechsels, verschiedener Besichtigungen und Konferenzen wurde dann eine Entscheidung des Vorschalters in Paris erzielt, wonach bei der Umstellung und dem teilweisen Abbau der Werke die Arbeiterinteressen berücksichtigt werden müßten. Nunmehr hat General Kollat eine neue Note über die Deutschen Werke an das Auswärtige Amt gerichtet, worin im wesentlichen gesagt wird:

Nachdem grundsätzlich festgelegt worden ist, daß die Umstellung der verbotenen Fabrikationszweige in den Deutschen Werken ausgeführt werden muß, wobei den besonderen Interessen der Arbeiter Rechnung zu tragen sei, ersucht die Kommission, daß ihr zum 15. Mai 1922 folgende Unterlagen überreicht werden: a) das zukünftige Fabrikationsprogramm für die Werke, b) ein Übersichtsplan, aus dem die Ausbarmachung der in Betracht kommenden Werksstätten und Maschinen ersichtlich ist. Ferner wird bestimmt: Im Werk Erfurt und Spandau-Hafelstraße darf die Herstellung von Schusswaffen, Jagd- und Sportmunition nicht weitergeführt werden. Die Werke dürfen jedoch provisorisch diese Fabrikation unter gewissen Bedingungen weiterführen. Im Werk Wolsburg wird die Herstellung von Nitrozellulose verboten. Die Genehmigung, die Fabrikation fortzuführen, wird nur provisorisch und unter Vorbehalt erteilt, dagegen die endgültige Genehmigung zur Herstellung von Kollodium für Filmzwecke und zur Fertigung von künstlichem Leder, zur Herstellung von Schmirgelpapier, Reparatur von Eisenbahnwagen und Lokomotiven, sowie aller der Friedensfabrikation dienenden Nebenarbeiten, die bisher schon ausgeführt werden.

Man hat in Berlin den Eindruck, daß diese neue Note gleichmäßig ungünstige Aussichten eröffnet, daß aber zunächst durch neue Verhandlungen versucht werden muß, einige Unklarheiten, die auch mit dem Friedensvertrag nicht im Einklang stehen, zu beseitigen.

Französisch-russisches Abkommen?

Auf Kosten Deutschlands.

Eine vorläufig auf ihre Nichtigkeit nicht nachzuprüfende Meldung aus Paris besagt, zwischen dem Vertreter der Sowjetregierung in Paris, Stobelen, und der französischen Regierung sei ein französisch-russischer Vorvertrag zustande gekommen, in welchem die Sowjetregierung die russischen Vorkriegs- und Kriegsschulden an Frankreich anerkennt. Dafür erkennt Frankreich die Sowjetregierung an und gewährt ihr für den Wiederaufbau Rußlands weitgehende Wirtschaftshilfe.

Diese Nachricht wurde schon vor einiger Zeit kolportiert. Das Abkommen soll gleichsam auf dem Rücken Deutschlands abgeschlossen worden sein. Das Abkommen betrifft, wie es heißt, zwei Hauptgegenstände: Einmal soll sich Rußland verpflichten, seine im Vertrag Friedensvertrag von der übrigen Entente ihm zugesicherten Rechte auf Wiederherstellungstönio an Frankreich abzutreten, und Frankreich sichert auf Grund dieser Rechte Rußland die Lieferung von Sachwerten in Höhe von 300 Millionen Goldfranken aus Deutschland zu. Rußland ist damit in die Lage versetzt, ohne Ausfuhr von Gold oder Waren einen großen Teil der Wiederaufbauarbeiten seines Landes auf Kosten Deutschlands zu leisten. Dafür aber erkennt Rußland im Grundgesetz die Berechtigung der französischen Forderung auf Bezahlung der Vorkriegs- und Kriegsschulden in Höhe von 20 Milliarden Goldfranken an.

Ob diese Angaben richtig sind, kann vorläufig bezweifelt werden, zumal der vorsichtige Ausdruck „Vorvertrag“ gewählt ist. Man ist ja manches von Herrn Poincaré gewohnt, aber schließlich hätte England und vielleicht sogar Deutschland, über das hier verfügt wird, ein Wort mitzusprechen.

Soziales und Provinzielles.

Halver, den 18. Februar 1922

□ **Bahnsteigkarten für — Hunde.** Die Eisenbahnverwaltung hat den Preis der Bahnsteigkarten auf eine Mark erhöht. Für jeden Hund, der auf den Bahnsteig mitgenommen wird, ist eine Bahnsteigkarte zu lösen. Das Lagergeld für Reisegepäck wird von 2 auf 3 Mark erhöht. Das Bagegeld ist von 1,30 Mark auf 2,50 Mark gestiegen, und die Aufbewahrungsgelder sind festgesetzt für die beiden ersten Tage zusammen auf 1,50 Mark, für jeden folgenden Tag auf weitere 1,50 Mark und für Kraftfahräder auf 10 Mark. Das Lagergeld für Expreßgut beträgt 3 Mark.

□ **Zur Steuererklärung.** Für die Abgabe der Einkommensteuererklärung für 1921 ist an erster Stelle zu beachten, daß über das Einkommen des Steuerjahres 1921, d. i. des Kalenderjahres 1921, Auskunft gegeben werden soll. Es muß dies ausdrücklich betont werden, da bemängelt worden ist, daß die Änderungen der Einkommensteuernovelle vom 20. 12. 21 noch nicht berücksichtigt seien. Es ist dabei übersehen, daß nach Art. 2 der Novelle deren abgeänderte Bestimmungen, abgesehen von den Vorschriften über den Lohnabzug, mit dem 1. 1. 22 mit der Maßgabe in Kraft treten, daß die Einkommensteuer für das Steuerjahr nach den bisherigen Vorschriften veranlagt wird. Erklärung und Veranlagung haben also nach den früheren Bestimmungen zu erfolgen. Jedoch wird die so veranlagte Einkommensteuer nur für die Zeit vom 1. 4. bis 31. 12. 21 erhoben, da mit dem 1. 1. 22 in wesentlichen Punkten abweichende Bestimmungen in Geltung getreten sind. Auch bezüglich des Kreises der Erklärungs-pflichtigen bestehen irrtümliche Auffassungen. Die Personen, die im Kalenderjahr 1921 ein Einkommen von mehr als 24 000 Mark bezogen haben, haben die Einkommensteuererklärung in jedem Falle abzugeben, auch dann, wenn sie einen amtlichen Vordruck nicht erhalten haben. Personen, deren Einkommen weniger als 24 000 Mark betragen hat, haben eine Erklärung nur dann abzugeben, wenn ihnen ein amtlicher Vordruck zugestellt worden ist.

— **Zuwendung an inländische Gemeinden (Gemeindeverbände) zur Verwendung für öffentliche Zwecke, an inländische Kirchen, an solche inländischen Stiftungen, Gesellschaften, Vereine oder Anstalten, die ausschließlich kirchliche, mildtätige oder gemeinnützige Zwecke verfolgen, sofern ihnen die Rechte juristischer Personen zustehen, unterliegen nach § 35 des Erbschaftsteuergesetzes vom 10. 9. 1919 einer Steuer von 10 v. H. Die gleiche Steuer gelangt zur Erhebung für solche Zuwendungen, die ausschließlich kirchlichen, mildtätigen oder gemeinnützigen Zwecken innerhalb des deutschen Reichs oder seiner Schutzgebiete oder deutschen Reichsangehörigen im Ausland gewidmet sind, sofern die Verwendung zu dem bestimmten Zwecke gesichert und die Zuwendung nicht auf einzelne Familien oder Personen beschränkt ist. 10 v. H. ist schließlich auch zu entrichten, für einen Erwerb, der Rassen oder Anstalten anfällt, welche die Unterstützung der zum Zuwendenden in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis stehenden Personen oder Familienangehörigen bezwecken. Das Gleiche gilt, wenn der Erwerb Rassen oder Anstalten anfällt, welche die Unterstützung von Personen oder deren Familienangehörigen bezwecken, die zu einem wirtschaftlichen Unternehmen, bei denen der Zuwendende beteiligt oder tätig ist oder war, in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis stehen. Alle diese Zuwendungen, mögen sie nun auf Grund eines Sterbefalles oder infolge Schenkung unter Lebenden anfallen, sind steuerpflichtig, wenn die Zuwendung den Betrag von 500 Mk. übersteigt. Jeder, dem Vermögensvorteile dieser Art zufallen, ist verpflichtet, innerhalb 1 Monats dem zuständigen Finanzamt hiervon Anzeige zu erstatten. Nichtbefolgung dieser Vorschrift zieht Bestrafung nach sich. Viele der in Frage kommenden Rechtspersonen sind der ihnen obliegenden Anmeldepflicht nicht nachgekommen, weil sie der Annahme waren, nur Zuwendungen im Betrage von mehr als 5000 Mk. seien steuerpflichtig. Diese Bestimmung ist jedoch mit dem 1. 9. 1919 aufgehoben. Soweit der Anmeldepflicht noch nicht genügt ist, kann den Beteiligten nur dringend empfohlen werden, sie unverzüglich zu bewirken.**

— **Strompreiserhöhung.** Das kommunale Elektrizitätswerk Mark gibt bekannt, daß nach der bestehenden Teuerungsklausel der ab 1. Februar bis auf weiteres in Anrechnung zu bringende Teuerungszuschlag bei 40 Pfg. Grundpreis 438 Pfg., zusammen also 478 Pfg. Strompreis und bei 20 Pfg. Grundpreis 219 Pfg., zusammen also 239 Pfg. für 1 KW.-Stunde beträgt. Bei den nach dem Niederspannungstarif 1922 bezieh-

den Abnehmern stellt sich der Strompreis auf 478 Pfg. bzw. 319 Pfg. für 1 KW.-Stunde.

— **Die Streikgerüchte** wollen nicht abreißen. Aufklärung hierüber gibt eine Mitteilung der Eisenbahndirektion Elberfeld, welche lautet: „Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -Anwärter verbreitet neuerdings überall aufreizende Flugblätter, in denen unter Entstellung von Tatsachen und unter maßlosen Übertreibungen mit einem neuen Streik gedroht wird. Es wird in dem Flugblatt von vielen Zehntausenden von Beamten gesprochen, die gemäßregelt werden sollen. Wie unzutreffend diese Behauptung ist, geht daraus hervor, daß im Bezirk Elberfeld, der rund 14000 Beamte und rund 21000 Arbeiter, im ganzen also rund 35000 Köpfe, umfaßt, bisher nur 5 Beamte durch Kündigung entlassen und gegen 9 weitere Beamte das Disziplinarverfahren eröffnet ist.“

— **Wieder eingelegte Züge.** Von heute ab werden die beiden in letzter Zeit ausgefallenen Züge wieder eingelegt, nämlich 1135 Richtung Dieringhausen-Hagen (ab Brügge 3,54 Uhr) und 1138 Richtung Hagen-Dieringhausen (ab Hagen 5,47 Uhr.)

+ **Halver, 18. Febr.** Die Eheleute Robert Grote und Frau, Anna geb. Filling, können am heutigen Tage das Fest ihrer silbernen Hochzeit begehen. Wir entbieten dem Jubelpaare unsere besten Wünsche.

— **Ehringhausen, 15. Febr.** Am Sonntag, den 12. ds. Mts. hielt der Ziegenzuchtverein Halver, der durch Zusammenschluß der beiden Vereine Buschhausen und Ehringhausen gebildet worden ist, seine erste Versammlung ab. Es wurden folgende Punkte besprochen: 1. Der Verein führt den Namen „Ziegenzuchtverein Halver und Umgegend“. Ihm gehören über 400 Mitglieder mit etwa 650 Ziegen an. Er bezweckt die Hebung unserer vernachlässigten Ziegenzucht und Unterstützung in der Durchführung der der Gemeinde durch das Bodhaltungsgesetz auferlegten Verpflichtungen. Weiter sich bildenden Ortsgruppen innerhalb der Gemeinde Halver sollen dem Ortsverein angeschlossen werden. Vornehmlich ist hierbei an den südlichen Teil der Gemeinde gedacht worden. Herr Budde wurde mit den Vorarbeiten hierzu betraut. 2. Der Vorsitzende machte Mitteilung über die vorgesehenen Maßnahmen zur Einführung eines Herdbuches für Ziegen. Es wird eine Kommission eingesetzt werden, die unter Leitung des Herrn Winterhulsdirektors Wellershaus die in das Herdbuch aufzunehmenden Tiere auszuwählen hat. An einem noch zu bestimmenden Tage sollen zu diesem Zwecke alle geeigneten Tiere vor dem Vereinslokale vorgeführt werden. 3. Es steht dem Herrn Landrat noch ein bestimmter Geldbetrag zur Verfügung, von dem ein Teil zur Prämierung von Jungböden und Ziegen verwandt werden soll. Schöne große Bodlamm der hornlosen Saanenziegenrasse sind deshalb vorteilhafterweise aufzuziehen; sie werden, wenn sie 6 Wochen alt sind, bei Brauchbarkeit mit 50 Mk. und im Herbst bei der Anforung mit 100 Mk. prämiert. 4. Der Verein will eine Anzahl reinrassiger Saanenziegenlamm einführen. Wer ein solches zu übernehmen wünscht, wolle sich bei den Funktionären des Vereins melden. 5. Die Versicherung soll vorläufig für die beiden Ortsgruppen getrennt geführt werden. Die Höhe der Prämie wurde für dieses Jahr auf 7 vom Hundert des versicherten Wertes festgesetzt. Versicherungen sind bis zu 300 Mk. für eine Ziege zulässig. Durch das Bodhaltungsgesetz ist die wilde Bodhaltung unterbunden worden. Das Decken der Ziegen darf nur durch angeführte Böcke erfolgen. Die Gemeinden sind verpflichtet, das Gesetz streng durchzuführen und müssen für die ordnungsmäßige Durchführung Sorge tragen. Wo Ziegenzuchtvereine bestehen, kann die Gemeinde diesen die Bodhaltung übertragen. Letzteres soll auch für unsere Gemeinde angestrebt werden. Noch der Sache fernstehende werden zu ihrem Vorteil ersucht, dem Verein beizutreten. Je größer der Verein ist, desto tatkräftiger kann er sein Ziel, die Heranzüchtung eines leistungsfähigen Ziegenbestandes, nachgehen. Die Versammlung ergab eine recht flotte Aussprache über verschiedene Züchterfragen und verlief in anregendster Weise.

* **Kierspe, 16. Febr.** Um die Betriebskosten der Eisenbahn herabzumindern, hat die Eisenbahndirektion auf den Nebenstellen, so auf der Strecke Dieringhausen-Brügge die Nachtzüge in die Tageszeit verlegt und den Nachtdienst aufgehoben. Zur Verbesserung des Wagenumschlages war die Direktion jedoch genötigt, ein Nachtgüterzugpaar auf dieser Strecke neu einzulegen. Die Betriebskosten hierfür wurden unverhältnismäßig hoch durch die Besetzung der Schrankenposten. Um diese zu ersparen, wird die Direktion die Schrankenbedienung aufheben und die Züge die Wegebügelänge nur mit 10-Kilometer-Geschwindigkeit in der Stunde befahren lassen. Die Schranken bleiben geöffnet. Die Lokomotivführer sollen die beim Befahren von unbewachten Uebergängen vorgeschriebenen Signale geben. Die Direktion wird die Anwohner durch Anschlag an den betreffenden Wegebügelängen benachrichtigen, daß die Schranken während der Nachtzeit nicht bedient werden.

+ **Kierspe, 17. Febr.** Am Dienstag, den 21. d. Mts. nachm. 2 1/2 Uhr findet eine Sitzung der Gemeindevertretung statt, in der die nachfolgenden Punkte zur Verhandlung vorgelegt sind: 1) Festsetzung der Haushaltspläne für Gemeinde und Schulverband für 1922. 2) Nachmalige Verhandlungen über die Neubauten 1922. 3) Aufnahme einer Anleihe für Neubauten. 4) Aufnahme einer Anleihe für den Schulneubau. 5) Kündigung und Wiederbesetzung der Schullehrerinnenstelle in Börlinghausen. 6) Neuwahl bzw. Wiederwahl der Sparten-Vorstandsmitglieder und Stellvertreter. 7) Gebührenordnung für das Wohnungsamt. 8) Antrag des M.-G.-B. Oberbrügge auf Stiftung eines Ehrenpreises anlässlich seines 15jährigen Stiftungsfestes. 9) Wohnungssachen. 10) Steuerfachen. 11) Unterstützungen. 12) Verschiedenes.

+ **Kierspe, 18. Febr.** Die Eheleute August Bauhoff hier selbst können am Sonntag das Fest ihrer silbernen Hochzeit begehen. Wir entbieten dem Jubelpaare unsere besten Wünsche.

Hagen, 17. Febr. Zu dem schon seit zehn Tagen andauernden Lohnstreik in der märkischen Eisen- und Stahlindustrie, der fast sämtliche Betriebe zum Stilllegen gebracht hat erfahren wir, daß gestern unter dem Vorsitz eines Vertreters des Reichsarbeitsministeriums in Dortmund Verhandlungen mit dem Märkischen Arbeitgeberverband und den Gewerkschaften stattgefunden haben. Der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums machte beiden Parteien Einigungsvorschläge, zu denen diese Stellung nehmen werden.

Mitena, 15. Febr. Bei einer Revision der Bäckerreien wurde festgestellt, daß ein Bäcker Brot über den vorgeschriebenen Höchstpreis hinaus verkauft hat und ein anderer Bäcker aus der Kette Brot im Gewicht von 6 Pfund mit einem Mindergewicht bis zu 150 Gramm herstellte. Gegen beide Beschuldigte ist das Strafverfahren eingeleitet. Die übrigen Bäcker mögen sich diesen Fall als Warnung dienen lassen.

Dortmund, 16. Febr. Edler Ketter. Auf dem Zehnteich in Werne an der Lippe ließ der zehnjährige Sohn des Steigers Schlosshahn Schlittschuh. Er gelangte an eine Stelle, wo die warmen Abgüsse der Zeche in den Teich einmündeten. Die dünne Eiskecke brach und der Junge versank vor den Augen der entsetzten Mutter, die ihn mehrere Male auf- und niederstach. Der gerade des Weges kommende 60jährige Ziegelmeister Kracht sprang dem Jungen nach und brachte ihn lebend ans Ufer. Eine Belohnung lehnte der Retter ab mit den Worten: „Das ist Christenpflicht“.

Bochum, 17. Febr. Hier ist heute Dr. Gerstein, einer der ältesten Ärzte Westfalens, im Alter von 82 Jahren gestorben.

Herne, 17. Febr. Dem Bergmann Bachhof hier wurden vom Klapperstorch Drillinge ins Haus gebracht. Damit ist die Kinderzahl der Familie Bachhof auf ein volles Duzend gestiegen.

Eingelandt.

(Ohne Verantwortung für die Redaktion).

× **Halver, 17. Februar.**

In Nr. 41 des „Allgemeinen Anzeiger“ befindet sich ein Artikel gezeichnet mit A. J., welcher nicht unwidersprochen bleiben kann. Der Artikel behandelt den Lichtbildervortrag, welcher am 15. Februar auf der Carlshöhe stattfand. Der Vortragende, Herr Gottschalk ist leider nicht mehr anwesend und es ist allerdings ein Leichtes, nun in den hiesigen Zeitungen etwas zu schreiben, worüber sich der Vortragende nicht mehr rechtfertigen kann. Zu Punkt 1, der Mensch habe sich in langsamer Entwicklung im Laufe der Jahrtausende aus niederen Anfängen emporentwickelt, möchte ich sagen, daß dieses von Herrn A. J. auf der Carlshöhe nicht abgestritten wurde, im Gegenteil, auch er behauptete, daß dem so sei, daß der Vortragende unwissenschaftliche Schlagworte dabei gebraucht haben sollte, hätte uns Herr J. auf der Carlshöhe sagen sollen, dann hätten die Hörer daraus lernen können. Weiter Herr J. betreffs der Entstehung der Steinkohle wäre dasselbe angebracht gewesen.

2. Stehe die wissenschaftliche Tatsache im trassen Gegensatz zum Christentum und Kirche, ich bin kein Wissenschaftler, aber soviel weiß auch ich, daß Männer

wie Copernikus, Galilä, Darwin usw. wegen ihre Lehren am ärgsten von der Kirche verfolgt wurden. Oder wie ging es Luther auf der Reise nach Worms, wurde er nicht nachher auf der Wartburg verhaftet?

3. Daß die Lehre des Christentums und der Kirche, dem „Kapitalismus“ und den „Staat“ dazu diene, das Volk dumm zu halten, um es besser auslaugen zu können. Ja, Herr J., das ist allerdings nicht allein Auffassung des Vortragenden gewesen, sondern auch die meinige. Dafür haben wir Beweise genug in der Hand. Oder Herr J., sind Sie der Ansicht, daß der Lohn den die Arbeiter heute bekommen, ausreichend ist? Für die Arbeiter sage ich nein und möchte den Dienern der Kirche empfehlen, dem Kapital zu jagen, uns wenigstens das Existenzminimum zu zahlen. Ob Sie nun mit zum Kapital gerechnet wurden oder nicht, hat Ihnen ja Herr Gottschalk bereits gesagt, daß es auch da Ausnahmen gäbe, ich nehme an, daß Sie Herr J. zu den Ausnahmen gehören. Im übrigen Herr J. möchte ich Ihnen noch eins sagen, Sie stehen mit Ihren Ausführungen in der Zeitung im Widerspruch mit dem, was Sie auf der Carlshöhe sagten, dort sagten Sie, auch ich bin zu der Ueberzeugung gekommen, daß das, was Herr Gottschalk in bezug auf die Wissenschaft ausführt stimmt, und wollen wir den Kindern ruhig die Lehren der Kirche predigen, sie können ja dann, wenn sie größer sind selbst entscheiden, ob das stimmt oder nicht. Wir allerdings sind der Ueberzeugung, daß wir das nicht tun sollen, sondern auch den Kindern schon sagen, die Lehren der Kirche sind falsch, weil die Wissenschaft das Gegenteil sagt.

Hermann Sachs,

Vors. des Prot. Freidenker-Vereins.

Kleine Nachrichten.

Die Oberschlesier im polnischen Parlament.

Berlin. Die Bearbeitung der Wahlkreise durch die hierzu bestimmte Unterkommission hatte folgendes Ergebnis: Vorgehen sind 60 Wahlkreise mit 400 Mandaten. Oberschlesien und Tschechisch-Schlesien zerfallen nach diesem Projekt in drei Wahlkreise mit 17 Mandaten. Es sind dies der 38. Wahlkreis Königsberg, Deutsch-Land, Lublin, Tarnobrzeg mit 5 Mandaten, der 39. Wahlkreis, Ratowitz-Stadt und Land, Zabrze, das Gleiwitzer Gebiet mit 5 Mandaten und der 40. Wahlkreis Teschen, Bielsk-Stadt und Land, Pleß, Rybnitz, das Ratiborer Gebiet mit 7 Mandaten.

Schulferien in Dresden wegen Kohlenmangels.

Dresden. Wegen Mangels an Heizmaterial, entstanden durch den Lokomotivführerstreik, werden die Dresdener städtischen Schulen vom 15. Februar auf vierzehn Tage geschlossen.

Hilfe für die Kleinrentner in Bayern.

München. Nachdem das Reich den bayerischen Brotverbilligungsantrag zugunsten der Minderbemittelten abgelehnt hat, haben die Koalitionsparteien des bayerischen Landtages nun einen neuen Antrag eingebracht, welcher die Erhöhung der Bezüge der Sozialrentner durch das Reich, ferner die Einleitung einer neuen großen freiwilligen Hilfsaktion für die Kleinrentner und Minderbemittelten in ganz Bayern und die Einsetzung eines Betrages von zwanzig Millionen Mark in den bayerischen Staatshaushalt zur Milderung der Not der Kleinrentner und Minderbemittelten fordert.

Die Ausgabensteigerung in den Entente-Ländern.

London. Der Schatzkanzler erklärte im Unterhause, Englands Ausgaben seien zwar 5½mal so groß als in der Vorkriegszeit, aber die Steigerung der Ausgaben gegenüber 1914 betrage bei Amerika das Fünffache, Frankreich das Zehnfache und Italien das 9½fache.

Dr. Simons in Genf.

DA. Bern. Die Nachricht, daß der frühere Reichsaussenminister Dr. Simons in Genf mit dortigen Kreisen des Völkerbundes über Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund verhandeln wird, ist unzutreffend. Dr. Simons ist lediglich als Angehöriger der oberösterreichischen Delegation in Genf tätig.

Auflösung des Oberschlesischen Hilfswerks.

Berlin. Das Oberschlesische Hilfswerk, das vielen Tausenden von Oberschlesiern hat Hilfe angedeihen lassen, ist nunmehr auf Verfügung des Staatskommissars für die Wohlfahrtspflege in Preußen aufgelöst worden. Aus diesem Anlaß hat der Reichskanzler an das Oberschlesische Hilfswerk ein Dankschreiben gerichtet.

Thüringisches Beamtengefecht.

Weimar. Die thüringische Staatsregierung hat dem Landtag einen Gesetzentwurf vorgelegt über die Pflichten der Beamten der Republik. Von dem Beamten muß danach verlangt werden, daß er seinen Dienst unter Einwirkung seiner ganzen Kraft und Persönlichkeit ohne Rücksicht auf die jeweils am Ruder sitzenden Persönlichkeiten versieht.

Ungarn soll zahlen!

DA. Budapest. „Pesti Naplo“ meldet, daß England an den ungarischen Staat die Forderung gestellt habe, noch im Laufe dieses Jahres zwei Raten in Höhe von 300 000 Pfund Sterling zu bezahlen zur Begleichung der staatlichen und privaten Kriegsschulden. Die Summe von 300 000 Pfund Sterling kommt etwa 900 Millionen ungarischen Kronen gleich. Die Zahlungsforderung, die Frankreich gestellt hat, bewegt sich etwa in derselben Höhe.

Polnisch-litauischer Vertrag.

London. Zwischen der polnischen Regierung und der Regierung von Litauen soll ein Vertrag abgeschlossen worden sein, der als Ergänzung des französischen Vertrages mit den Kemalisten betrachtet werden müsse. Der Vertrag sei von Frankreich veranlaßt worden, das Polen als Sturmboden benutzen wolle, um die Kemalisten zu stützen und so die französische Politik in Südosteuropa durchzuführen.

Neue Kämpfe in Tripolis.

Rom. Die gemeldete Wiederbesetzung Misuratah an der Tripolisküste durch die Italiener führte vor einigen Tagen zu Kämpfen mit Arabern aus dem Innern des Landes. Die Araber hatten mehrere hundert Tote, während die Italiener nur geringe Verluste erlitten. Ein Oberst ist auf italienischer Seite gefallen.

Wetter-Aussichten

für mehrere Tage im Voraus.

19. Febr. veränderlich, normal, temperiert.
20. „ Wolken, milde, strichweis Regen.
21. „ veränderlich, milde, Wind.
22. „ Sonne, teils Wolken, Niederschläge, vielfach sehr windig.
23. „ Wolken, milde
24. „ vielfach bedeckt, Niederschläge, windig.
25. „ veränderlich, milde.

Kohlenbericht Elektrizitätswert Marl.

Kraftwerk	Lagerbestand.		
	Herdecke	Elberkingen	Siesel
14. 2. 1922	436 t	1873 t	370 t
15. 2. 1922	662 t	2436 t	370 t

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten und die Unterhaltungsbeilage.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver, Westf.

Wir suchen für unser Wert

sofort eine perfekte

Maschinenrechnerin

welche flott stenographieren kann.

Abteilung Bestekfabrikation,

sucht zu Ostern einige

Lehrlinge

mit guter Schulbildung

welche das

Schleifen und Gleiten

lernen wollen.

Abteilung Werkzeugmacherei,

sucht zu Ostern einen

Graveurlehrling

und einen

Schlosserlehrling

nur solche, welche Talent zum

rechnen und zeichnen haben.

Degenhardt & Sippel

Metallwerk, Halver.

Für unsere

Werkzeug- und Maschinenfabrikation

suchen wir zu Ostern oder früher

einen kräftigen Jungen mit guter

Schulbildung als

Lehrling

Reiz & Schürmann,

G. m. b. H.

Halver i. Westf.

Lehrling

zu Ostern oder früher für meine

Küchens- und Zeitungsdruckerei

unter günstigen Bedingungen

gesucht.

Gute Schulbildung erwünscht.

Wilh. Bell jr., Halver.



Schalksmühlener Turnverein
e. V.

Samstag, den 25. Februar 1922

Winterfest.

Anfang 7 Uhr abends! Saalöffnung 6½ Uhr!

Der Vorstand.

Unsere passiven und Ehrenmitglieder sind zu dieser Feier herzlich eingeladen. — Kinder haben keinen Zutritt.

Barmer Bankverein
Hinsberg, Fischer & Comp., Gummersbach
in Gummersbach.

Tel.-No. 41, 85 und 100.
Reichsbankgirokonto. Postscheckkonto Köln Nr. 935.

Zahlstellen in Bielstein-Rhl., Halver i. W. und Wipperfurth.

Agenten für Holland:
von der Heydt Kerstens Bank, Amsterdam,
Keizersgracht 520—522.

Eröffnung von laufenden Rechnungen und Scheck-Konten. 721

Gewährung von Krediten, An- und Verkauf sowie Beleihung von Wertpapieren.

Ausschreibung von Schecks und Anweisungen auf das Ausland.

Verzinsung von Bareinlagen zu günstigen Bedingungen nach Uebereinkunft.

Vermietung von Schrankfächern in unserer

Stahlkammer
zu verschiedenen Preisen je nach Größe.



Suche in Anzahl
ein Haus mit Stallung

oder unterkellerten Arbeitsraum 60 bis 100 □ m groß mit Stallung, oder ein Grundstück etwa 600—1000 □ m groß, wo sich ein Neubau für Kleinfabrikation einrichten ließe, sofort zu kaufen.

Gest. Offerten unter A. B. Schwelm an die Geschäftsstelle des Allgemeinen Anzeigers Halver.

Zum sofortigen Eintritt wird ein gelernter

Schleifer,

welcher auch Schneidwaren schleifen und polieren kann, für dauernd gesucht.

C. S. Steinbach,
Oberbrügge.

Jugendliche

Arbeiter- und Arbeiterinnen

sofort gesucht.

Degenhardt & Sippel
Metallwerk, Halver.

Schulentlassene

Mädchen, Knaben

sowie andere

jüngere Arbeitskräfte

gesucht.

Casp. Arn. Winthaus,
Carthausen
Fabrik elektr. Beleuchtungsapparate

Suche zum 1. April ein kräftiges

evangelisches besseres

Mädchen

Dasselbe findet Gelegenheit, sich

im Kochen und Haushalt gründl.

auszubilden. Familienanschluß,

guter Lohn und gute Behand-

lung zugesichert. Etwas Nähen

erwünscht.

Frau Adolf Trapp,

Restaurant „zum Bollmound“

Länderscheid.

Ein

Mädchen

gesucht,

welches zu Hause schlafen kann.

August Kerkpe, Halver,

Elberfelderstraße 7.

Bin Montag nachmittag

von 3—4 Uhr bei Wirt Tasche

in Brügge mit

Ia. Oldenburger

Schweinen

zum Verkauf.

Kämpfer, Denneking,

Telefon 1128.

Kaufe laufend jeden Posten

Roggen

Weizen

Gerste

Safer

Otto Krägeloh,

Dahlebrück

Mühle und Getreidehandlung.

2 tüchtige Feiler

für Schüttenbohrer sowie

1 Lehrling

für sofort oder später, sucht

C. W. Ecker, Halver i. W.,

Wegerhof.

Jüngerer kräftiger

Arbeiter

findet sofort dauernde

Beschäftigung.

Walz- u. Drahtwerk Halver.

Suche für meine Landwirtschaft

einen tüchtigen

Knecht.

Fritz Escher, Glörfeld,

b. Halver.

Zigarren! Zigaretten

Kauch- und Kautabate

nur beste Qualitäten!

Edte Brunerpeisen u. -Mugen

Zigarren- u. Zigarettenstippen

Tabakdosen und -Beutel.

Zigarren- u. Zigarettenetuis

in großer Auswahl empfiehlt

Fritz Hermann Bohmer,

Schalksmühle.

Führer durch die Geschäftswelt.

Schalksmühle:

Eduard Grüber, Maßgeschäft.
 Ältestes Geschäft am Plage Fernruf Nr. 219.

Lager in den neuesten in- und ausländischen Stoffen.

Gust. Schröder

Telephon 37

Haus- und Küchengeräte
 Lieferung kompletter Aus-
 steuern franko Haus

Grosse Auswahl in Geschenkartikel.

Hugo Schnöring, Telephon 136

Fabrikation landw. Maschinen u. Geräte

fabriziert und liefert unter Garantie

Wendepflüge mit und ohne Selbstführung,
 sowie famil. landw. Maschinen und Geräte.
 Reparaturen werden prompt u. fachgemäss ausgeführt.

Fernruf 140 **Robert Zapp** Fernruf 140

Kolonialwaren, Delikatessen,
 ff. Würstwaren,

Krügers und Krefts Zwiebad.
 Tabak, Zigarren, Zigaretten etc.

Gust. Eichholz

Herren-, Burschen- und Knaben-
 Konfektion, Arbeiter - Garderobe.
 Normalwäsche, billigste Einkaufsgelegenheit für

Baumwollwaren

Adler-Drogerie Aug. Cordt

Empfehle noch zu allen Preisen:

Zigarren, Zigaretten, Artikel zur Saar-
 Baut- und Zahnpflege, Celluloidwaren,
 Seifen, Parfüm u. s. w. u. s. w.

Empfehle Ia. Qualitäten
 in

sämtlichen Kolonialwaren.

W. Heedfeld.

— Fernruf Nr. 5. —

Herm. Kornblum

Fernsprecher Nr. 138.

Manufaktur-, Kurz-, Weiss-
 und Wollwaren.

Carthausen-Heesfeld:

Rud. Johann, Carthausen

Kolonialwaren,
 Delikatessen,
 Würstwaren.

Tabak : Zigarren : Zigaretten etc.

Kierspe:

Wwe. Gustav Köhler

Manufakturen-, Betten-
 und Aussteuer-Geschäft.

Alte & Dörscheln

Ausführung elektr. Licht- und
 Kraftanlagen, sowie Lieferung
 sämtlicher Zubehörteile
 zu billigsten Preisen.



Wilh. Diebel

Billigste Bezugsquelle in
 Nähmaschinen, Fahrräder

Reparatur-Werkstatt.

Kierspe-Bhf.:

Spanischen Krankenwein.
 Süßwein-Taragona
Rot- u. Weiß-Weine

Viköre :—: :—: Cognak
 Burgunder, Rum- und
 Arrak-Punsch

empfehle in nur Ia. Qualitäten
 zu billigen Preisen

Aug. Vollmerhaus.

Zahn-Atelier Rogge

Fernsprecher 220 Amt Meinerzhagen.

Zahn-Ersatz mit und ohne Gaumenplatte,
 Reparaturen an Gebissen in kurzer Zeit,
 Zahn- u. Wurzelziehen mittels Betäubung,
 Zugelassen bei den Krankenkassen.

Wipperfürth:

Stein- und **Peter Horn.**

Kriegerdenkmäler, Kriegergedenktafeln

für Gemeinden und Vereine

in zeitgemäßer Ausführung.

— Besuch und Entwürfe unverbindlich. —

EUGEN KAPPES, Unterstr. 17
 empfiehlt 1. Etage

Knöpfe für die Herren- und Damen-Konfektion
 sowie für jeden Zweck aus allen vorkommenden Ma-
 terialien und in allen Grössen, Farben und Formen
 Anfertigung von Stoffknöpfen aus jedem Stoff
 und in allen Grössen und Formen
 Knopfformen zur Herstellung von Stoffknöpfen
 mit der Hand ohne Maschine in allen Grössen und
 Formen. — Grösstes Lager am Platze. —

Halver:

Geschäftsbücher,
 Registratur-Artikel,
 Papier- u. Schreibwaren.

Fernspr. 143. **Ernst Bergmann** Fernspr. 143

Bürger & Streppel

Berlinerstr. 18 :: Telephon 82

Haus- u. Küchengeräte
 Landw. Frühjahrbedarfsartikel
 Werkzeuge etc. etc.

Photogr. Atelier Kaiser

Anfertigung vorzüg-
 licher Photographien

Berlinerstr. 5. :: Berlinerstr. 5.

Für die Wintermonate

empfehle: Med.-Lebertran, Emulsion,
 Glycerin, Hautkreme, milde Toiletten-
 Seifen, sowie vorbeugende Mittel
 gegen Husten, Heiserkeit u. Erkältung

Halversche Medezinal-Drogerie
 Frankf.-Str. 22. **Carl Menke** Fernruf 281.

Drucksachen

aller Art werden ange-
 fertigt in der Buchdruckerei
Wilh. Bell jr., Halver.

Halver:

Empfehle in schöner Auswahl:
 Alpaca-Damenhandtaschen von 250 Mk. an
 Medaillons sch. Muster von 30 Mk. an
 Stücke mit Alpaca-Griff von 90 Mk. an
 sowie alle anderen Schmucksachen.
 Reparaturen an Haarschmuck werden billig
 und gut ausgeführt.

E. Alte, Uhrmacher, Frankfurterstr.

Hugo Köhler & Co.

Fernsprecher 58

empfehlen

elektr. Heizöfen, Kochtöpfe, Bügeleisen
 Beleuchtungskörper u. s. w.

Zahn-Atelier

Anfertigung von Gebissen, Plomben,
 Reinigen der Zähne,
 Zahnziehen mit Betäubung.

Fritz Hedderich Fernruf Nr. 207.

Empfehle zu den billigsten Tagespreisen:

Soeben eingetroffen:

Allerfeinstes Sesamöl, Backöl, Speck,
 Schmalz, Mittelbohnen,

Ia. Schmierseife, Petroleum,
 (weiße Röhchen), gelbe Erbsen,

Sesegrütze vorzügl. f. Schlachtzwecke geeignet.
 blütenweißes Weizenmehl, Ia. Weizen-
 griesmehl, ff. Schnitt- u. Hörchennudeln

Gebr. Haase, Berlinerstr. 4.

Telefon 308

Telefon 308.

Wir bieten an zu vorteilhaften Preisen:

Rhein-, Nahe-,
 Pfalz-, Mosel-,
 Saar- u. Ruwer- **Weine**

Bordeaux-, Burgunder- und Süd-Weine
 aller Jahrgänge.

Borbentel-Weine: 1918er Spätherb
 Strick natur,
 1919er Rößelbeer Hohenbusch :—: 1920er
 Eßenerdorfer Lump Auslese.

Wir garantieren für vollmundige,
 glanzhell haltbare Qualitätsweine.

Gebrüder Lamsberg,
 vormals G. Lamsberg Wwe.
 Telefon Nr. 191.

Empfehle

Zigarren : Zigaretten : Rauchtabake
 Echte Brügge-Pfeifen und -Nagen

— Schokolade —

Robert Schilling, Berlinerstr. 56.

Carl Giersieper

Fernsprecher 163 Fernsprecher 163.

Maschinen-Bauanstalt

Lieferung sämtlicher
 landw. Maschinen.

Empfehle in schöner Auswahl:
 Silb. Herrenuhren, 40 Steine, von 540.— Mk.
 Nickel 6 u. 10 „ 360.— „ an
 Taschenuhren deutsch. Fabriken v. 90.— „
 Goldene Ringe von 78, silberne von 7.50 Mk. an

Reparaturen an Uhren und Goldwaren sowie an
 optischen Artikeln werden innerhalb 8 Tagen erledigt.

Franz Schneider, Uhrmachermester
 Frankfurterstr. 4.,

C. Sastentrath

Manufakturwaren,
 und Konfektion ::

Wollen Sie noch billig rauchen?

so besuchen Sie das
 Zigarren-Spezial-Geschäft

Ernst Feld, Hohenzollernpark.

Aug. Eicker jr., Schwenke. Telefon.
 Nr. 261

Maschinen- u. Flugbau-Anstalt
 Reparatur-Werkstatt.

Lieferung sämtlicher landwirtsch. Maschinen
 und Geräte. Spezialfabrikate: Wendepflüge,
 Schälplüge, Kultivatoren, Eggen, Sackhebekarren.

Wochen-Merkblatt.

Kirchliche Nachrichten.

Evangel. Gemeinde Halver: Sonntag,
 19. Febr. Vorm. 10 Uhr: Predigt Pastor
 D. Dresbach. — Vorm. 11 Uhr: Sitzung
 der größeren Gemeindevorstellung —
 Kindergottesdienst fällt aus — Freitag
 abend 8 1/2 Uhr: Kirchl. Posaunenchor. —
 Samstag, den 18. Februar nachm. 5 Uhr:
 Evangelischer Arbeiterverein.

Ev. Vereinshaus Halver. Sonntag, den
 19. Februar: Nachm. 1 1/2 Uhr: Sonntagsschule.
 — Nachm. 4 1/2 Uhr: Bibelstunde.
 — Nachm. 5 1/2 Uhr: Jungfrauenverein,
 Unterhaltung. — Abends 8 Uhr: Jüng-
 lingsverein. — Mittwoch, abends 8 Uhr:
 Männerchor. — Donnerstag, abends 8 3/4
 Uhr: Blaukreuzverein, Bibelbesprechung.

Freie evang. Gemeinde Halver, Berlinerstr. 27a
 Sonntag, den 19. Februar morgens 9 1/2
 Uhr: Erbauungsstunde. — Nachmittags
 1 1/2 Uhr: Sonntagsschule. — 4 Uhr:
 Bibl. Vortrag, Redner: Herr Fröhlich-
 Dahlerau. — Donnerstag 8 3/4 Uhr:
 Bibelbesprechstunde. — Samstag abend
 8 1/2 Uhr: Männer- und Jünglingsverein.

Evang. Gemeinde Schalksmühle. Son-
 tag 10 Uhr: Gottesdienst. — 11 1/2 Uhr:
 Kindergottesdienst. — 3 Uhr: Jungfrauen-
 verein. — Dienstag 8 1/2 Uhr: Jung-
 frauenverein. — Mittwoch 8 1/2 Uhr: Bibel-
 stunde. — Donnerstag 8 Uhr: Kirchen-
 konzert. — Freitag 8 1/2 Uhr: Jünglings-
 verein, Bibelbesprechung.

Evang. Gemeinde Brügge. Sonntag,
 10 Uhr: Gottesdienst. — 11 1/2 Uhr:
 Kindergottesdienst. — 4 1/2 Uhr: Kirchen-
 konzert. — Dienstag abend 8 1/2 Uhr:
 Kirchenchor. — Mittwoch 8 Uhr: Posaunen-
 chor. — Donnerstag, 4 Uhr: General-
 versammlung des Frauenvereins im Kon-
 firmandenjaale. — Freitag 8 Uhr: Bibel-
 stunde im Konfirmandenjaale, Herr Miss.
 Funke aus Lüdenscheid.

Evangel. Gemeinde Kierspe: Sonntag,
 den 19. Febr. Vorm. 9 Uhr: Früh-
 gottesdienst in Börlinghausen. Vorm.
 10 1/2 Uhr: Hauptgottesdienst in der
 Kirche.

Familien-Nachrichten.

Geburten: Wilhelm Viehbahn, Halver, eine
 Tochter. — August Gehrmann, Halver,
 ein Sohn. — Wilh. Speckenbach, Hefen-
 dehl, ein Sohn. — Getauft: Trude Pott-
 hoff in Bösenbach. — Hannelore Bergre-
 hoff in Brügge.

Verlobte: Elisabeth Bohue, Barmen und
 August Haad, Halver.

Vermählte: Ernst Rüdelschütz u. Mariechen
 Schöneberg, Halver. — Wilh. Rothhaus
 und Hermine Rüdelschütz, Halver. —
 Carl Julius Werner zu Schüttorf und
 Elfriede Fland zu Schalksmühle. — Erich
 Rüdelschütz u. Hedwig geb. Schäfer, Halver.

Gestorben: Friedrich Wülfrath, 77 Jahre,
 Dürenerhaus b. Rönsahl, 13. 2. 22. —
 Frau Christian Plad, Emma geb. Rüdels-
 chütz, 65 J., Plettenberg, 14. 2. 22

Berücksichtigt bei Einkäufen die Inserenten dieser Zeitung!

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Völlme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshof, Kierspe, Kierspe-Bhf., Völlwert, Völlme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. f. w.

Druck und Verlag: W. H. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 42

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage,
Bezugspreis: Vierteljährlich durch die Post M. 27,—
monatlich M. 9,—

Halver

Samstag, den 18. Februar 1922

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe und 45 mm Breite
40 Bg., auswärts 50 Bg., im Restamteil 1 mm hoch
90 mm breit 2.00 M.

22. Jahrgang

Ginst und jeht.

Von der ersten größeren Tagung in der Landwirtschaftlichen Woche zu Berlin wird uns geschrieben:

Es ist eine ungünstige Zeit, in welche diesmal die alljährlich wiederkehrenden großen Veranstaltungen der Landwirtschaftlichen Woche hier in Deutschland fallen. Das Land hält wider von dem Gelärme um die Mittwochsabstimmungen im Reichstag, um die Mandate für und gegen die Reichsregierung und den führenden Mann an ihrer Spitze, als hinge vom Bleiben oder vom Sturz dieses Kabinetts Leben und Sterben des Reiches ab. Was inzwischen aus unserer Wirtschaft wird, ob alles geschieht, nichts unterlassen wird, die Ertragsfähigkeit unseres Bodens zu steigern, darum kümmern sich nur die berühmten „Fachleute“, die am liebsten abseits der Öffentlichkeit ihre Arbeit tun und heutigentags schon froh sein müssen, wenn ihnen diese nicht durch Dummheiten, durch Unberechenbarkeiten der nur zu zahlreichen Amateurpolitiker verdorben wird.

Zu diesen stillen Männern im Lande darf man, nachdem wir ausgehört haben, Kolonien zu besitzen, auch den früheren Gouverneur von Ostafrika, Erzengel Schnee, rechnen, der namens der Kolonialabteilung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft im Rahmen dieser Gesamtveranstaltungen einen Vortrag über die Verwaltung unserer früheren Kolonien unter der Verwaltung der Mandatsmächte hielt. Was er zu berichten hatte, war äußerst trübe. Unsere einstigen Schutzgebiete werden durch die Mandatsmächte in rücksichtsloser und härtester Weise „regiert“. Aber das deutsche Privateigentum wird nach echter Plünderung veräußert. Von Südwestafrika abgesehen, sind die deutschen Farmer von Grund und Boden vertrieben, und man hat sich ihres Besitzes bemächtigt, da man doch nicht umsonst Deutschland für unwürdig erklärt haben wollte, als Kolonialist unerlöschener Gebiete zu wirken. Aber trotzdem die Aktiva überall ohne die zugehörigen Passiva übernommen wurden, sind Defizite durchgehend an der Tagesordnung, und man weiß der vollkommenen Störung des Wirtschaftslebens nicht Herr zu werden. Wo früher blühende Plantagen waren, ist Dürst und alles überwuchert. Auch der Handel steht ganz still. Die Bahnen sind ohne Verkehr, der größte Teil der Stationen mußte geschlossen werden. Den Eingeborenen, die nicht instande sind, die rücksichtslos angeforderten Steuern zu zahlen, wird das Vieh beschlagnahmt. Immer mehr drängen sich die handeltreibenden Jünger in den Vordergrund, und wo früher unter deutscher Verwaltung der landesüblichen Seuchen, der Schlafkrankheit insbesondere und den Pocken, durch ein energisch ausgebautes Sanitätswesen Einhalt geboten war, dringen die todbringenden Krankheiten jetzt wieder mehr und mehr vor, ebenso wie die Minderpest, das große Kreuz jedes Farmers. Von Kamerun und Togo, die unter französischer Verwaltung stehen, sagte Erzengel Schnee, daß sie ein vollkommenes Bild der Verwahrlosung zeigen. Die großartigen Pflanzungen, die die Deutschen dort aus dem Boden gestampft hatten, sind verfallen, die Faktoreien verschwunden, die Eingeborenen dezimiert, was die Franzosen selbstverständlich nicht hindert, dem verbliebenen Rest der Bevölkerung erhöhte Lasten aufzuerlegen. Dazu kommen, soweit noch Vermögenswerte zur Verfügung stehen, Schieberereien aller Art, die bereits zu einem regelrechten Kolonialskandal mit Selbstmord eines hohen Beamten und dem ganzen elken Dunst der Geschäftsmacher geführt hat, an denen die große Republik so ungemein reich ist. Die gute deutsche Organisation, so mußte selbst eine französische Kolonialzeitschrift feststellen, ist verwirrt, an ihrer Stelle herrscht ein Lohwuschau.

Noch tragischer ist das Geschick unseres früheren Kolonialbesitzes in der Südsee. Von den 33 000 Samoanern ist nicht weniger als ein Viertel der Grippe zum Opfer gefallen. Die Neu-Seeländer, die, ungeliebt „würdiger“ als Deutschland, hier das Mandat erhalten haben, vermochten dieser todbringenden Seuche nicht den geringsten Einhalt zu tun. Weiße und Eingeborene bezeugen in einer Eingabe an den Völkerbund, daß sie sich in gleicher Weise angeleitet fühlen von dieser neu-seeländischen Verwaltung. Auch alteingesessene Engländer und Amerikaner haben sich diesem vernichtenden Urteil angeschlossen. Erzengel Schnee denkt natürlich nicht daran, den Engländern oder Franzosen die Fähigkeit zu kolonialer Verwaltung abzusprechen. Daß sie trotzdem unsere früheren Schutzgebiete in Grund und Boden ruinieren, führt er auf die Überfüllung dieser alten großen Kolonialreiche zurück, denen nichts mehr daran liegen könne, neue Gebiete mit der gleichen Sorgfalt, mit der gleichen Gewissenhaftigkeit und mit dem gleichen Arbeitsseifer zu verwalten, wie die ehemals deutschen Gebiete sie im Laufe der Jahrzehnte zu kosten bekamen. Wir dagegen haben genügend überschüssige Kräfte, um auch außerhalb unserer engeren Landesgrenzen kulturfördernd zu wirken. Und daß gerade unsere Landwirtschaft durch den Raub der deutschen Kolonien schwer getroffen wurde, davon weiß heute nachgerade jedes Kind in Deutschland ein Liedchen zu singen. Wir könnten heute Phosphat, Futtermittel, Ölprodukte, Mais in Hülle und Fülle aus den überseeischen Schutzgebieten einführen, wie auch Kautschuk, Kakaos, Fette, Hanf usw. Statt dessen müssen wir diese Produkte und Waren gegen unsinnig teures Geld von fremden Völkern aufkaufen und so lebenden Auges unsere Zahlungsbilanz und damit unsere Währungsverhältnisse noch immer tiefer hinabdrücken. Der Besitz von Kolonien ist und bleibt deshalb für uns eine absolute Notwendigkeit.

Erzengel Schnee hofft, daß, wenn das deutsche Volk sich diese Erkenntnis nicht rauben läßt, ihr schließlich auch im Laufe der Zeit wieder von unseren Segnern Rechnung getragen werden wird.

Die Landwirte verlangen freie Wirtschaft.

Im weiteren Verlauf der Landwirtschaftlichen Woche fand eine Versammlung der Landwirte der Provinz Brandenburg im Zirkus Busch statt. Es sprachen die bekannten Führer der Landwirte. Schließlich wurde eine Entschließung angenommen, in der für das neue Erntejahr die vollständig freie Wirtschaft verlangt und jedes Umlageverfahren abgelehnt wird. Als Landwirtschaftsminister wird ein Fachmann verlangt. In der Resolution heißt es weiter: „Die Herrschaft des mobilen Kapitals strebt heute in Deutschland nach amerikanischem Muster zu weitreichender Ertragsbildung, die ihren Gipfel in der unter Beteiligung der heutigen deutschen Regierung begründeten Getreide-Aktien-Gesellschaft findet. Einer solchen Getreide-Aktien-Gesellschaft kein Pfund Korn, keinen Ballen Stroh und keinen Groschen Geld!“

Papier oder Gold?

Die Versuche zur Festlegung der Währung.

Alle Länder mit stark entwertetem Geld — Deutschland und wieviel mehr Österreich — haben die Möglichkeiten erwogen, von diesem schlechten Geld loszukommen und es durch ein neues, vollwertiges oder doch höherwertiges und wertbeständigeres zu ersetzen. Solche Möglichkeiten schien es mehrere zu geben. Die Hoffnung, das Papiergeld könne gleichsam aus eigener Kraft den Goldstand erreichen, mußte bei fortschreitender Entwertung bald aufgegeben werden. Es blieb der Gedanke, eine neue, vielleicht fremde Währung einzuführen (in Österreich wurde die Frankenwährung erörtert), oder einer verkleinerten Einheit den alten Namen zu geben („eine Mark“ für den Wert von fünf Pfennigen), oder einen dazu geeigneten Kurs festzulegen, zu „stabilisieren“ (was praktisch auf das gleiche herausläuft), oder die Goldwährung rein rechnerisch herzustellen, oder, schließlich, neues Papiergeld herauszugeben, das ein bestimmtes Vielfaches des alten gilt, um wenigstens die sinnlos riesigen Zahlen zu vermeiden.

Nur die beiden letztgenannten Möglichkeiten sind praktisch versucht worden. Das Ergebnis ist wenig ermutigend. Es zeigte sich, daß ein Staat von einem noch so ungeheuerlich verschlechterten Papiergeld nicht loskommen kann, daß er in feiner Währung wie in einem Kerker eingesperrt ist.

Der Staat, der diese lehrreiche Erfahrung zugleich für die anderen machte, ist Sowjetrußland. Dort hat man zurzeit drei Währungen: den „Goldruble“, nach dem der Staatshaushalt berechnet wird und dessen Wert amtlich auf das Hunderttausendfache des „Sowjetrubels“ festgesetzt ist, das neue Papiergeld, das dem Zehntausendfachen des alten gleichwertig ist, und den Sowjetruble selbst. — Was geschah jedoch? In dem Augenblick, da für die Bücher des Staates der „Goldruble“ eingeführt und gleich dem Hunderttausendfachen des Sowjetrubels bewertet wurde, zahlten die freien Börsen für die wirkliche, einem Rubel entsprechende Goldmenge bereits zweimal hunderttausend Sowjetrubel, also fast 400 000 Sowjetrubel für den Dollar. Die deutsche Papiermark wird sogar verhältnismäßig noch höher, mit etwa 2700 Sowjetrubel bewertet. Das bedeutet, daß nicht etwa der Goldruble den Wert des Sowjetrubels bestimmt und auf einer gewissen Höhe festhält, sondern umgekehrt, der „Goldruble“ der Moskauer Regierung sich völlig nach dem Wert des Sowjetrubels richtet. Solange das Wertverhältnis von 1 : 100 000 festgehalten wird, hat der „Goldruble“ mit Gold nichts zu tun, sondern ist genau so viel und so wenig wert wie eben jeweils das Hunderttausendfache des Sowjetrubels, dessen Sinken er unweigerlich mitmacht. Das entwerthende gilt natürlich für die neuen verzehntausendfachen Papierscheine. In Wirklichkeit rechnet Rußland nicht mit Goldbeinheiten, sondern nach wie vor mit dem Sowjetruble, — nur die Zahlen haben sechs Nullen weniger.

Nichtig erklärte Ehen.

Von August Storm.

Soeben wurde gemeldet, daß die Ehe des Fürsten Albert Radziwill mit Miß Dorothy Parker-Deacon, einer Amerikanerin, vom vatikanischen Gerichtshof in Eheangelegenheiten für nichtig erklärt worden ist.

Der Fall ist aus verschiedenen Gründen bemerkenswert. Fürst Albert Radziwill ist ein Enkel des Generaladjutanten Kaiser Wilhelms des Ersten, des Fürsten Anton Radziwill, der lange Jahre in Berlin in dem Palais des Fürsten Blücher wohnte, das vor einigen Wochen an einen amerikanischen Leuten oder lettischen Amerikaner verkauft wurde. Die Radziwills sind mit den Hohenzollern verschwägert oder verschwägert gewesen. Ein Radziwill hatte eine Tochter des jüngsten Bruders Friedrichs des Großen zur Frau. Das heutige Reichskanzler-Palais in der Wilhelmstraße, das früher über seinem Haupteingange in goldenen Buchstaben die Worte trug: „Hotel de Radziwill“, war die Berliner Wohnung dieses Paares, und der nachmalige Kaiser Wilhelm der Erste wurde sich mit einer Prinzessin Radziwill verheiratet haben, wenn er dem Zuge seines Herzens hätte folgen dürfen. Kaiser Wilhelm der Zweite ließ sich bei dem Begräbnis des ermordeten Präsidenten Sadi Carnot in Paris durch den Fürsten Anton Radziwill vertreten. Der Enkel dieses Radziwill, Fürst Albert, kann jetzt, da seine Ehe für nichtig erklärt worden ist, eine neue Ehe eingehen. Seine bisherige Frau, Miß Parker-Deacon, wird sich, wie schon jetzt verlautet, nächsten mit einem ungarischen Grafen Palffy wieder verheiraten.

In derselben Lage wie diese Amerikanerin war vor mehr als dreißig Jahren die italienische Prinzessin von Camporeale, deren Ehe mit dem deutschen Diplomaten Grafen Karl von Dönhoff ebenfalls vom päpst-

lichen Gericht für nichtig erklärt worden war, obwohl aus dieser Ehe zwei Kinder, ein Sohn und eine Tochter, stammten. Auch die Prinzessin von Camporeale verheiratete sich wieder, und zwar mit dem Vizekonsul von Bülow, dem späteren Reichskanzler. Ihr Sohn aus erster Ehe, Graf Dönhoff, war eine Zeitlang deutscher Gesandter in Brüssel.

Die Zahl der vom vatikanischen Gericht für nichtig erklärten Ehen ist größer, als viele ahnen. Eine Ehescheidung kennt die katholische Kirche nicht; sie kennt nur eine „Trennung von Tisch und Bett“. Auch der Papst kann keine Ehe scheiden. Aber eine Ehe kann für nichtig erklärt, kann „annulliert“ werden. Geschieht das, so geht das vatikanische Gericht dabei von der Annahme aus, daß beim Abschluß der Ehe ein trennendes Ehehindernis vorhanden gewesen sei und daß aus diesem Grunde die Ehe als von Beginn an nichtig erklärt werden müsse. Die Tatsache, daß Kinder aus der Ehe entsprossen sind, ändert daran nichts.

Zu vielen Betrachtungen darüber gab die Nichtigkeitsklärung der Ehe des Fürsten von Monaco mit der Prinzessin Hamilton Veranlassung. Die Prinzessin machte nach dem Tode ihrer Mutter geltend, daß sie von ihr durch schwere Drohungen zu der Ehe mit dem Fürsten von Monaco gezwungen worden sei. Für diese Behauptung wurden Beweise beigebracht, und daraus folgte die Nichtigkeitsklärung der Ehe, weil beiderseitige freiwillige Einwilligung zu einer gültigen Ehe gehöre. Die Prinzessin Hamilton heiratete dann den ungarischen Grafen Tassilo Festetics und auch der Fürst von Monaco verheiratete sich wieder. Abermals viel behandelt wurde die Frage, als sich vor neunzehn Jahren, am sächsischen Hofe die bekannte „Ehekränkung“ ereignete. Der damalige Kronprinz, spätere König Friedrich August von Sachsen, würde es sehr gern gesehen haben, wenn seine Ehe mit der Prinzessin von Toscana für nichtig erklärt worden wäre, denn er wollte sich wieder verheiraten. Um das zu dürfen, hätte er sich nach bürgerlichem Recht scheiden lassen können. Das aber tat er als gläubiger Katholik nicht. Andererseits wurde ihm von katholischer Seite bedeutet, daß für eine Nichtigkeitsklärung seiner Ehe kaum Aussicht vorhanden sei. Unter diesen Umständen mußte er sich mit der dauernden Aushebung der ehelichen Gemeinschaft begnügen. Eine Scheidung war ausgeschlossen. Seine Frau war in dieser Hinsicht weniger ängstlich. Sie hat nach einigen Jahren in Italien den Musiklehrer Toselli geheiratet.

Zu erwähnen ist noch, daß die Ehesachen, wenn die katholische Kirche sich mit ihnen beschäftigt, zuerst an das bischöfliche Ehegericht und dann erst, wenn Berufung eingelegt wird, an das päpstliche gehen. Die Ehesachen der Fürsten aber gehen gewohnheitsmäßig sofort an das päpstliche Gericht, das je nach der Beschaffenheit des Falles eine Kongregation damit betraut oder unter Umständen ein besonderes, aus Kardinälen bestehendes Gericht dafür einsetzt. Wie die Sache aber auch beschaffen sei, eine Ehescheidung spricht dieses Gericht nie aus, wohl aber ab und zu die Nichtigkeitsklärung einer Ehe.

Der sprechende Poststempel.

Ein neuer Sammelgegenstand.

Unsere Zeit mit ihrer fortschreitenden Amerikanisierung hat auch auf dem Gebiete des amtlichen Verkehrs lebens Umwälzungen gebracht, an die vor dem Weltkrieg kein Mensch auch nur zu denken gewagt hätte. Oder hätte man es je für möglich gehalten, daß ein so vornehmer, erklaunder Instanz, wie es die Deutsche Reichspost seit Stephans Zeiten gewesen ist, sich eines Tages über Hals und Kopf der Kellame verschreiben könnte? Aber die lauwinehaft wachsenden Ausgaben, mit denen die Einnahmen schon längst nicht mehr Schritt hielten, zwangen allmählich auch die Postverwaltung, von dem erhabenen Thron ihrer Ausschließlichkeit und Abgeschlossenheit ein paar Stufen hinabzusteigen und um des lieben Mammons willen sich nach modernen und allermodernsten Vertriebsmöglichkeiten umzusehen. Und auf diesem Heilswege gelangte man schließlich auch zur geschäftlichen Ausnutzung des „sprechenden“ Poststempels.

Der Markensammler hat schon früher die üblichen runden Stempel mit Ort, Datum und Stundenangabe als „sprechende“ bezeichnet, während er im Gegensatz dazu von den Entwertungen durch Striche, Kreise, Balken, Kreuze, Kleckse usw. als von „stummen“ Stempeln sprach. Heute aber kann man wirklich mit Recht von sprechenden Stempeln sprechen, denn die Poststempel entfalten einen von Tag zu Tag größer werden Wortreichtum. Hintweise auf Ausstellungen, Messen, Tagungen und ähnliche Veranstaltungen sind in den Poststempeln Deutschlands und des Auslandes nichts Neues mehr. Wie die Briefkästen und Postwagen, so wird aber der Poststempel auch bereits zur geschäftlichen Empfehlung einzelner Firmen benutzt. Dabei kann er oft zum Stein des Anstoßes werden — wenn z. B. eine Firma in den Stempeln der bei ihr eingelaufenen Postfächer das Fabrikat des Konkurrenten als das beste und einzig wahre angepriesen findet.

Jedoch auch edlere Regungen kann der sprechende Poststempel auslösen. So gibt er sich nicht selten zu einem Appell an den Wohlwollenssinn des Empfängers her. „Gebt Spenden für das deutsche Kriegerfürhaus in Davos!“ lautet ein Berliner Stempel, während ein österreichischer bat: „Helft Österreichs Kindern!“ Und ähnlich mahnte die deutsche Post, an politische Sorgen erinnernd: „Spendet für das Liebesdienst-Hilfswerk!“ Ein spanischer Stempel lautete: „Sendet Spenden für die Schule der Postbeamtenwaisen an die Postdirektion!“ Dem Naturforscher und zugleich der Forstwirtschaft will ein Poststempel in Kanada dienen, wenn er den Empfängern zuruft: „Helft Waldbrände verhindern!“